

# Koalition kämpft für erschwinglichen Wohnraum

**POLITIK** Weniger Stellplätze, ein Verbot der Zweckentfremdung und eine Überprüfung von Leerständen – die fünf Parteien ließen sich bei der Klausur einiges einfallen.

VON CLAUDIA BÖKEN, MZ

**REGENSBURG.** Im Wahlkampf hatten alle Parteien das Thema erschwinglicher Wohnraum auf ihrer Agenda. Die Regierungskoalition aus SPD, Grünen, Freien Wählern, FDP und der Piratin versucht nun, den Versprechen auch Taten folgen zu lassen. Ihre beiden Klausurtagungen im Januar und Februar hatten deswegen das Thema Wohnungsbau und Entwicklung bei der Stadtbau GmbH als Schwerpunkt. Dass dabei zwar ausgiebig, aber harmonisch diskutiert wurde, beteuerten gestern bei einer Pressekonferenz die Fraktionsvorsitzenden Norbert Hartl, Margit Kunc, Ludwig Artinger, Horst Meierhofer und Stadträtin Tina Lorenz einhellig. OB Joachim Wolbergs bescheinigte allen Partnern: „So stelle ich mir Koalitionsarbeit vor.“

Nur „Friede, Freude Eierkuchen“ versuchten sie trotzdem nicht zu verkaufen, wie sich beim Parkraumkonzept, das derzeit in Arbeit ist, zeigte: Horst Meierhofer favorisiert als Ersatz für den Donaumarkt nach wie vor das Jakobigelände und wollte das Vorhaben nur wegen einer Klage nicht gleich zu den Akten legen. Es sei wichtig, dass die Stadt auch für Autofahrer gut erreichbar bleibe. Dazu hätten die Grünen eine etwas andere Ansicht, machte Margit Kunc klar: Für sie sei



Eine möglichst rege Bautätigkeit ist für die Koalition ein Indikator, günstigen Wohnraum zu schaffen.

Foto: Lex

eine Verlagerung der Parkplätze nach außen wichtig, um die Stadt vor Abgasen und Feinstaub zu schützen. Trotzdem glaubt auch sie an eine gute Lösung. Norbert Hartl hofft, dass das Parkhaus auf dem Gelände des alten Eisstadions umgesetzt werden kann.

Danach ging es um das „Wohnungspaket“, wobei Hartl zunächst das Eckpunktepapier für Königswiesen-Nord hervorhob. Geplant sei, dass ein Ein-Zimmer-Appartement unter

400 Euro koste, 20 Prozent sozialer Wohnungsbau realisiert und die Verkaufsfläche auf 3800 Quadratmeter beschränkt werde. Ludwig Artinger interessiert, wie sich die CSU bei der Abstimmung im Stadtrat verhalten werde, habe sie doch in der alten Regierung Fakten geschaffen, die für Ärger in der Bevölkerung gesorgt hätten. Die Koalition habe jetzt die Aufgabe, die Interessen des Investors mit denen der Bevölkerung und der Bewohner in

Einklang zu bringen.

Neuen und erschwinglicheren Wohnraum will die Koalition mit einer Änderung der Stellplatzsatzung ermöglichen: Wo ÖPNV-Haltestellen in einem Radius von höchstens 300 Metern von neuen Baugebieten liegen, können um 20 Prozent, bei sozial gefördertem Wohnungsbau sogar 30 Prozent weniger Tiefgaragenplätze gebaut werden. Das könne bei einem Wohngebiet bis zu sechs Millionen

## BÜNDNIS FÜR WOHNEN

► **Ein Runder Tisch** mit Vertretern der Stadt, der auf dem Regensburger Markt aktiven Unternehmen, mit Genossenschaften, Mietervereinigungen und der Stadtbau wird eingerichtet.

► **Ziel ist es**, adäquate Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum zu entwickeln.

Euro sparen, die wiederum in den Wohnungsbau investiert werden können. Ein Ärgnis ist der Koalition die Zweckentfremdung von Wohnraum, beispielsweise von Wohnen in Gewerbe, aber auch lange Leerstände. Dagegen möchte die Stadt Regensburg eine Satzung erlassen.

Die größte Einflussmöglichkeit hat die Stadt bei der eigenen Stadtbau GmbH. Sie erhält finanzielle Unterstützung bei Sozialplanverfahren, Neubau von Sozialwohnungen und Sozialbetreuung von Mietern. Grundstücke, die sie bisher in Erbpacht hat, werden der Stadtbau übereignet, damit sie die Mieten senken kann. Um künftig Ärger bei Generalsanierungen zu vermeiden, muss die Stadtbau auf Luxussanierungen verzichten und das Vorhaben vorher ausreichend kommunizieren. Ist ein vorübergehender Umzug erforderlich, ist die neue Mietsache so zu berechnen, als würden die alten Mietverträge weiter bestehen. Derartige Umzüge dürfen künftig erst kurz vor Beginn der Arbeiten erfolgen, um lange Leerstände zu vermeiden. Derzeit hat die Stadtbau 300 leerstehende Wohnungen, die auf die Sanierung warten. Sie sollen auf eine befristete Vermietung hin überprüft werden.